

Prowadząc tak zakrojoną analizę, Wojtkowiak zauważa korelacje i współbrzmienie tekstów porównywanych dzieł. Dochodzi do wniosku, że *Sarmatiae Europaeae descriptio* w wersji znanej z druków z lat 1574 i 1578 ostatnią redakcją przeszła przed rokiem 1574. Dzieło powstało z myślą ofiarowania go elektowi Henrykowi Walezemu. Autor wiąże inicjatywę powstania pracy z porozumieniem litewskich możnowładców, zawartym wiosną 1572 r. Celem autorów paktu (Jurija Olelkowicza, Jana Hieronima Chodkiewicza, Mikołaja Krzysztofa Radziwiłła) było działanie na rzecz wzmocnienia pozycji Wielkiego Księstwa Litewskiego w obliczu bezkrólewia. W tym kręgu powstała idea napisania okazałej księgi, szczególnie informującej o sprawach Litwy; swoistego kompendium wiedzy o Rzeczypospolitej dla elekta, spisane go łaciną w sposób lapidarny i przejrzysty (s. 253). Być może pierwszym wyborem autora tak zakrojonej pracy była osoba Strykowski. Ten przygotował pierwszą wersję dzieła (jeszcze niewykończoną), erudycyjną i szczegółową, a zatem nieodpowiadającą oczekiwaniom możnych protektorów. W takich okolicznościach Strykowskiemu przydano do pomocy Gwagnina, ten okroił treść pracy, czyniąc ją bardziej przyswajalną dla odbiorcy zza zachodniej granicy Rzeczypospolitej. Tłumaczy to późniejszy sukces wydawniczy pracy na Zachodzie Europy. Jak już pisałem, jesienią roku 1574 Maciej Strykowski towarzyszył poselstwu Andrzeja Taranowskiego, które wyruszyło do Turcji: na Wschodzie przebywał on półtora roku (wrócił wiosną roku 1575). W chwili powrotu Strykowskiego do Polski wspólne dzieło było już opublikowane pod nazwiskiem Gwagnina, co więcej – Włoch zdołał je już wręczyć nowemu królowi. Zatem, zdaniem Zbysława Wojtkowiaka, *Sarmatiae Europaeae descriptio* byłaby dziełem współautorskim, przygotowanym przez Aleksandra Gwagnina i Macieja Strykowskiego, jedynie opublikowanym pod nazwiskiem pierwszego z autorów.

Arkadiusz M. Stasiak

Katedra Historii XVI-XVIII wieku KUL

„Konsequent und rational? Grundlinien und Facetten der preußischen Polenpolitik im Spiegel der deutschsprachigen Presse 1894-1918”. Rezension zu: SPÄT ROBERT, *„Die „polnische Frage“ in der öffentlichen Diskussion im Deutschen Reich, 1894-1918”*, Marburg 2014, 478 S., Studien zur Ostmitteleuropaforschung, Bd. 29.

DOI: <http://dx.doi.org/10.18290/rh.2016.64.2-7>

Die „polnische Frage“ wird auf dem Gebiet der historiographischen Forschung stets mit solchen großen Namen der deutschen Nachkriegshistoriographie wie Martin Broszat, H.U. Wehler oder Klaus Zernack assoziiert. Dies zeugt auch von der Relevanz und Komplexität dieses historischen Phänomens. Die in den letzten Jahrzehnten entwickelten Forschungsansätze boten die Möglichkeit, dieses große Thema in seinen Teilaspekten zu untersuchen, die in den sozialen Relationen zwischen Deutschen und Polen verankert sind.

Robert Spät stellt sich dieser Tendenz entgegen, indem er schon im Titel seiner Dissertation annonciert, dass er sich mit den großen Themen der deutsch-polnischen

Geschichte beschäftigen will. Das 478 Seiten dicke Buch erscheint darüber hinaus als 29. Band der von Herder-Institut in Marburg herausgegebenen prominenten Serie „Studien zur Ostmitteleuropaforschung“, was das Leseinteresse daran weckt.

Der Autor ist sich dessen bewusst, dass es eine lange historiographische Tradition der Erforschung der preußischen Polenpolitik im Kaiserreich gibt, die sich über viele Jahrzehnte auf Konflikt zwischen der deutschen und polnischen Bevölkerung stützte. Er schafft einen neuen Ansatzpunkt, indem er sein Augenmerk auf die Kritiker der preußischen Polenpolitik und diejenigen Autoren richtet, die für eine Verständigungspolitik und eine Entspannung im deutsch-polnischen Zusammenleben plädierten. Diese Gruppe der „Verständigungsbefürworter“ steht „mit ihrer Kritik an der preußischen Polenpolitik und ihren Vorschlägen zur Befriedung des Nationalitätenkonflikts“ im Mittelpunkt der Abhandlung¹.

Zweitens will der Autor die Rolle der Medien in den zeitgenössischen öffentlichen Debatten, sowie der Medien als Quelle der Geschichtswissenschaft erforschen². „Daher soll – wie er schreibt – in der vorliegenden Studie das gesamte Spektrum an zeitgenössischen Meinungen, Argumenten und Deutungsmustern in der öffentlichen Debatte über die ‚polnische Frage‘ erfasst werden“³. Nach einer kurzen Analyse der Öffentlichkeit im Kaiserreich wird die Quellenbasis für seine Abhandlung präzisiert. Grundlegend ist hier die zeitgenössische Presse, da die Zeitung „das einzige Massenmedium im Kaiserreich und für viele Personen das wichtigste Organ der politischen Information“ blieb⁴. Gleichzeitig wird betont, dass der Presse in Deutschland keineswegs die Rolle der „vierten Gewalt“ wie in Großbritannien oder den USA zu damaliger Zeit zugeschrieben werden kann, vielmehr ist sie als eine „Parteirichtungs- und Weltanschauungspresse“ zu verstehen⁵.

Demzufolge werden die für die Arbeit relevanten Zeitungstitel unter dem politischen und weltanschaulichen Aspekt mit den Parteien und größeren ideologischen Strömungen in Verbindung gebracht. Das gibt dem Leser einen breiten Überblick über die parteiliche und weltanschauliche Ausrichtung der recherchierten Zeitungen und Zeitschriften, die um einzelne Broschüren, Flug- und Denkschriften und sogar um zeitgenössische wissenschaftliche Abhandlungen ergänzt wurden⁶. Darüber hinaus ist es zu betonen, dass die mediale Quellenbasis nicht getrennt von dem realpolitischen und historischen Hintergrund des Kaiserreichs untersucht wird.

Alle Behörden auf verschiedenen Verwaltungsebenen des preußischen Staates haben in dem von Spät erforschten Zeitraum in die Hunderte gehenden Akten mit der Überschrift „Polenfrage“, „Polenbewegung“ u. ä. hinterlassen, was auch durch seine Studie bestätigt

¹ R. SPÄT, *„Die ‚polnische Frage‘ in der öffentlichen Diskussion im Deutschen Reich, 1894-1918“*, Marburg 2014, S. 7.

² R. SPÄT, ebenda.

³ Ebenda, S. 8.

⁴ Ebenda, S. 8.

⁵ Ebenda, S. 9-10

⁶ Ebenda, S. 11-16. Titel alphabetisch, jedoch ohne Angabe der ausgenutzten Jahrgänge S. 421-424, Zeitgenössische Literatur, Denkschriften, Erinnerungen – alphabetisch S. 424-433.

wird. Die von ihm ausgewerteten Bestände des preußischen Staatsministeriums und Ministeriums des Innern bilden eine gute Grundlage für die Erforschung der Schwerpunkte, Kontinuitäten und Brüche in der preußischen Polenpolitik, wie auch deren Echos in der Öffentlichkeit. Sie könnten aber auch um die Materialien des Politischen Archivs des Auswärtigen Amtes ergänzt werden, weil gerade dessen Akten zur Polenfrage die politische und diplomatische Relevanz dieses Problems weitgehend beleuchten⁷.

Trotzdem soll hier nicht nur die große Menge und Vielfalt der vom Autor sorgfältig erörterten Zeitungsartikel, Broschüren, Denkschriften und Abhandlungen betont werden, sondern auch und vor allem die von ihm geleistete Synthese, systematische Einordnung und Positionierung derselben im politischen Spektrum der Diskussion um einzelne Etappen der öffentlichen Debatte zur Polenfrage.

Die deutschsprachige Quellenbasis widerspiegelt perfekt die Haltung der deutschen Öffentlichkeit im Kaiserreich, entspricht aber nicht der medialen und politischen Realität des deutsch-polnischen Nationalitätenstreits. Dessen Schau- und Kampfplatz war der zweisprachige Austausch von Meinungen, Argumenten und Vorwürfen, der sich in gemischt bewohnten Gebieten der östlichen Provinzen der Monarchie abgespielt hat⁸. Man könnte also wohl die Behauptung wagen, dass der wichtigste Teil der politischen und gesellschaftlichen Diskussion zur Polenfrage entweder am Rande oder ganz außerhalb der deutschen Öffentlichkeit verlief. Der einzige Akteur der deutschen Öffentlichkeit, der einen laufenden Überblick über die wirkliche deutsch-polnische Debatte hatte, war aufgrund der amtlichen Übersetzungen der Beiträge aus der polnischen Tagespresse die preußische Regierung, was natürlich auch auf die Öffentlichkeit nicht ohne Auswirkung geblieben war⁹.

Dies kann aber nicht als Vorwurf für methodische und methodologische Grundlage dieser Arbeit gelten, da ihre sprachliche Abgrenzung der Realität entsprechend, klar definiert und konsequent durchgeführt wurde. Spät sieht jedoch, dass viele wichtige Forschungsfragen wegen dieser Abgrenzung offen, als Desiderate für weitere Studien, bleiben müssen¹⁰.

Zeitlich stellt diese Arbeit, laut dem Autor, eine „medienhistorische Langzeitstudie über einen Zeitraum von 25 Jahren dar“¹¹. Wenn das Jahr 1918 als Enddatum selbstverständlich ist und keine Vorbehalte erwecken kann, so ist das Anfangsdatum (1894) problematisch. Auch hier sind zwar die Grundsteine für die Polenpolitik in der Dimission des Reichskanzlers Leo von Caprivi und der Gründung des Ostmarkenvereins zu

⁷ Der Autor betont selbst die amtliche Pressebeeinflussung der vom Otto Hammann im Auswärtigen Amt geleiteten Politischen Abteilung, ebenda, S. 14-15.

⁸ Ebenda, S. 29. Fast jede deutsche Zeitung in den Ostprovinzen hatte eine Rubrik „Aus dem Polenlager“.

⁹ W. CHOJNACKI, *Niemieckie tłumaczenia z prasy polskiej 1858-1958*, „Przegląd Zachodni” 14(1958), t. 3, nr 5-6, s. 382-398.

¹⁰ R. SPÄT, ebenda, S. 16, 20, 29. Gerade die Mechanismen der Beeinflussung und Steuerung der öffentlichen Meinung bei der Debatte zur „polnischen Frage“ seien ein dringendes Desiderat zur Ergänzung der vorliegenden Studie.

¹¹ Ebenda, S. 20.

verzeichnen, fraglich ist jedoch, ob Caprivis Reichskanzlerschaft (1890-1894) wirklich zu der vergangenen Epoche der Bismarckszeit gehört, oder selbst eine eigene Epoche in der Polenpolitik markiert. Der Autor beginnt seine Abhandlung mit einer historischen Skizze über Caprivis „Versöhnungsära“¹². So hätte ein richtiger zeitlicher Ansatzpunkt für seine Studie Anfang dieser „Versöhnungsära“ sein können, da eigentlich schon damals (1890-91), bei der Ernennung des Wreschener Probstes Florian von Stablewski zum Erzbischof von Gnesen und Posen, die große öffentliche Polendebatte begonnen hat. Sonst sind die ersten vier Jahre der Caprivischen Zeit (1890-1894), die in Späts Abhandlung und in der Quellenanalyse teilweise miteinbezogen wurden, in dem Titel des Buches und in der Konstruktion der Kapitel nicht berücksichtigt worden.

Inhaltlich besteht die Studie aus zwei großen Teilen, die zeitlich nacheinander folgen, aber sich nicht auf dasselbe Territorium beziehen.

Der erste Teil besteht aus drei großen Kapiteln, die eine sachlich-chronologische Struktur aufweisen. Den Titeln der einzelnen Kapitel wurden die historischen „Medienereignisse“ zugeordnet, die in einem bestimmten Zeitraum als mediales akutes Problem, Symbol und Synonym der polnischen Frage galten und für ein großes Aufsehen in der deutschen Öffentlichkeit sorgten. Mehrere Akteure meldeten sich zu Wort und glaubten ihren eigenen Vorschlag zur Lösung der konkreten Frage zu finden. Aus diesen ideologisch, weltanschaulich und politisch fundierten Diagnosen, verschiedenen Lösungsvorschlägen und Szenarien bestand eine vielfältige Diskussion, deren Rekonstruktion sich diese Studie annimmt.

Das erste Unterkapitel beginnt mit der Beschreibung der Entstehung gegenseitiger Feindbilder: der „polnischen Gefahr“ für das Bestehen des preußischen Staates und des „Hakatismus“ als Synonym des schlimmsten deutschen Nationalismus. Weiter werden die preußische Sprachenpolitik und Verteidigung der polnischen Muttersprache, sowie, im dritten Unterkapitel, die nur zeitlich miteinander verbundenen Phänomene: preußische Ansiedlungspolitik und Vereinsgesetz vom 1908 Gegenstand der Erörterung.

Aus der eingehenden Analyse geht eine bunte Palette von Vorschlägen und Lösungen hervor, mit denen die Verständigungsbefürworter für eine „Versöhnung zwischen den beiden Nationalitäten“ plädierten. Einige von ihnen forderten eine allgemeine „Verschmelzung der deutschen und polnischen Kulturen“, andere verlangten zweisprachige Lehrer und zweisprachigen Unterricht für alle deutschen und polnischen Schüler in den Ostprovinzen¹³. Dies aber konnte nur die Bindung eigener Anhänger und des Leserkreises der Zeitungen an die von den Redaktionen vertretene Richtung stärken. Die negative Polenpolitik der Regierung blieb bis zum Ausbruch des Krieges unbeugsam¹⁴.

Im zweiten Teil der Studie bleibt zuerst die ungelöste und vor dem Ausbruch des Krieges noch sogar verschärfte Polenfrage in Preußen nur im Hintergrund der Abhandlung. Plötzlich wurde sie zu einem außenpolitischen Faktor, der eng mit der Kriegszieldebatte und der neuen Gestaltung Ostmitteleuropas verbunden war.

¹² Ebenda, S. 27-28.

¹³ Ebenda, bes. S. 79-80, 90, 167-168.

¹⁴ Ebenda, S. 76-77, 97.

Deswegen liegt der Fokus der Untersuchung auf der ganz neuen, zentralen Frage: des zukünftigen polnischen Staates in den von Zentralmächten besetzten Gebieten des Königreichs Polen. Für Spät ist das grundlegende Forschungsproblem in diesem Teil des Buches die Frage nach den „Chancen einer deutsch-polnischen Verständigung“ in der neuen außen- und innenpolitischen Situation Deutschlands. So ist die Narration, die nun mehr als die Hälfte Späts Studie einnimmt, diesem großen Problem untergeordnet. Sie bezieht sich nicht mehr, wie im ersten Teil, auf die Medienereignisse, die ausschlaggebend für die einzelnen Untertitel waren, sondern sucht die öffentliche Diskussion um den künftigen polnischen Staat zu systematisieren.

So wird zuerst nach der historischen, zivilisatorischen und kulturellen Identität der Polen innerhalb der beiden großen west- und osteuropäischen Kulturkreise, darunter besonders nach der Einstellung der Polen zu den Russen, der Gültigkeit des Panslawismus und dem polnisch-russischen Antagonismus in der deutschen öffentlichen Debatte als Voraussetzung für das eventuelle Bündnis mit Polen gefragt.

Die weiteren einzelnen Themen der Unterkapitel beziehen sich auf die gegenseitigen, deutsch-polnischen Erwartungen und Enttäuschungen, sowie auf kleinere Erfolge und noch größere Misserfolge bei der Schaffung neuer polnischer Staatlichkeit. Die Rückwirkung der außenpolitischen Polenfrage auf die preußische Polenpolitik im eigenen Land wird im vierten Unterkapitel ausführlich behandelt¹⁵. Als Fazit kann die Feststellung des Autors gelten, dass „die preußische Polenpolitik zu keiner Zeit [der Kriegsjahre – W.M.] ein derart beherrschendes öffentliches Thema wurde, wie es etwa in der Vorkriegszeit angesichts der parlamentarischen Verhandlungen über das Enteignungsgesetz der Fall war“¹⁶.

Die vorliegende Studie gibt keine eindeutige und direkte Antwort auf die im Titel dieser Besprechung gestellte Frage. Es war aber auch nicht ihr Ziel. Sie fokussiert die deutschsprachige öffentliche Diskussion auf einzelne Aspekte der Polenfrage, und zeigt eine bunte Palette von politischen, kulturellen, wirtschaftlichen und sogar religiösen Diagnosen, die sie lösen sollten. Von der großen Vielfalt der erörterten Zeitungsaufsätze, parlamentarischer Reden, Broschüren, Flugschriften und zeitgenössischen wissenschaftlichen Abhandlungen kann man keine Leitfäden, keine konsequenten Stellungnahmen, und Richtlinien ablesen. Die vielstimmige Debatte, scheint wirklich kein Dialog zu sein, da die meisten Teilnehmer eher „zum Fenster hinaus“, an ihre Anhänger sprachen und die Antwort gar nicht erwarteten. Sie wussten nämlich, dass die Öffentlichkeit im Kaiserreich kaum einen Einfluss auf die Regierungspolitik ausüben konnte. Diese Studie zeigt somit, wie konsequent die negative preußische Polenpolitik ungeachtet vielseitiger und vielfältiger Stimmen der Kritik blieb.

Witold Matwiejczyk
Katedra Historii XIX wieku KUL

¹⁵ Ebenda, bes. S. 345-392.

¹⁶ Ebenda, S. 397.